

# Medieninformation

Sächsisches Staatsministerium für Wissenschaft, Kultur und  
Tourismus

**Ihr Ansprechpartner**  
Falk Lange

**Durchwahl**  
Telefon +49 351 564 60200

falk.lange@smwk.sachsen.de\*

13.03.2019

## Landtag lehnt AfD-Antrag zu Lehrerausbildung ab

### Wissenschaftsministerin Dr. Eva-Maria Stange: „Staatsregierung ergreift umfassende Maßnahmen für Studienerfolg“

Die Abgeordneten des Sächsischen Landtags haben in ihrer heutigen Plenarsitzung mehrheitlich einen Antrag der AfD-Fraktion zum Thema „Lehrerausbildung stärken – Studienabbrecherzahlen minimieren“ abgelehnt. Wissenschaftsministerin Dr. Eva-Maria Stange stellte klar, dass die Staatsregierung bereits umfassende Maßnahmen ergriffen hat, um die Zahl der erfolgreichen Lehramtsstudierenden deutlich zu erhöhen: „Auch nehmen die Universitäten in Sachsen ihren Auftrag ernst und die im AfD-Antrag geforderten Maßnahmen sind insgesamt weder notwendig noch zielführend.“

Die Ministerin führte aus, dass die lehrerbildenden Hochschulen in Sachsen auf Initiative der Staatsregierung seit 2011 ihre Kapazitäten für Lehramtsstudierende kontinuierlich gesteigert haben. Die Plätze für Studienanfänger wurden von damals rund 900 schrittweise auf jetzt 2.400 erhöht. Die Absolventenzahlen sind im Jahr 2016 auf 1316 (2015: 820) gestiegen, 2017 waren es erneut knapp 1.300 Absolventen. Dr. Eva-Maria Stange: „Für die Erhöhungen der Kapazitäten stellt die Staatsregierung den Hochschulen erhebliche zusätzliche finanzielle Mittel zur Verfügung. Allein in diesem Jahr beläuft sich diese Unterstützung auf rund 20 Millionen Euro zusätzlich. Die Hochschulen werden dadurch in die Lage versetzt, ein qualitativ hochwertiges Studium anzubieten.“ Bereits im Koalitionsvertrag zwischen SPD und CDU war das Ziel, den Studienerfolg zu steigern und die Qualität der Lehre zu verbessern, festgelegt worden. Dies ist Teil des Hochschulentwicklungsplan und der Zielvereinbarungen mit den einzelnen Hochschulen.

Der von der AfD-Fraktion vorgeschlagenen Einführung von Zulassungsprüfungen erteilte die Ministerin in ihrem Redebeitrag, der in Vertretung von Wirtschaftsminister Martin Dulig gehalten wurde, eine Abfuhr: „Zusätzliche Zulassungshürden werden zu weniger Bewerbern

\* Kein Zugang für verschlüsselte elektronische Dokumente. Zugang für qualifiziert elektronisch signierte Dokumente nur unter den auf [www.lsf.sachsen.de/eSignatur.html](http://www.lsf.sachsen.de/eSignatur.html) vermerkten Voraussetzungen.

an sächsischen Hochschulen führen, da die Studienbewerber dann auf zulassungsfreie Hochschulen in anderen Ländern ausweichen. Dies kann nicht in unserem Sinne sein.“ Auch eine Erhöhung des Anteils an schulpraktischen Studien lehnte sie ab: „Der Anteil schulpraktischer Studien an der universitären Ausbildung ist seit 2006 deutlich auf ca. 30% angestiegen. Ein weiterer Anstieg ginge zu Lasten der fachwissenschaftlichen und bildungswissenschaftlichen Bildung.“

Die Ministerin verwies zudem auf die vom Sächsischen Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst (SMWK) in Auftrag gegebene und vom Kompetenzzentrum für Bildungs- und Hochschulforschung an der TU Dresden durchgeführte sachsenweite Studierendenbefragung. Darin findet sich eine Sonderauswertung zum Lehramt, die zeigt, dass die Gesamtzufriedenheit der Lehramtsstudierenden und mit der anderer Studiengänge vergleichbar ist. Zudem hat das sächsische Wissenschaftsministerium die Lehrerbildungsstrukturen an den sächsischen Hochschulen 2018 von einem Erziehungswissenschaftler überprüfen lassen. Auf einer Fachtagung im Wissenschaftsministerium im Januar 2019 wurde mit Vertretern des Kultusministeriums, der Hochschulen, der Verbände und der Landespolitik unter Einbeziehung der Ergebnisse diskutiert. Der Auftrag zur Überprüfung war Teil des Koalitionsvertrags zwischen SPD und CDU.

Die Überprüfung des Lehramtsstudiums, so die Wissenschaftsministerin, erfolgt kontinuierlich. Zum einen nehmen die Universitäten diese Aufgabe in eigener Verantwortung wahr, hochschulübergreifende Probleme werden zum anderen in der Staatlichen Kommission Lehrerbildung mit Vertretern der Staatsministerien erörtert.